

Die Tagung des Reichsbeamtenbeirats der SPD.

Das Schicksal des ADS.

Am 4. und 5. September vertrat sich im Preussischen Landtag der sozialdemokratische Beamtenbeirat, um zu Anträgen zum Heidelberger Parteitag Stellung zu nehmen. Am ersten Tage hielt Stelling ein historisches Referat über die Beamten in der Republik. Die Erwartungen der Beamten am Beginn der Revolution seien nicht erfüllt worden. Nach Stelling liegt das daran, daß die „geistige Revolution“ gescheitert habe. Von der Zustimmung der Sozialdemokraten zum Beamtenabbaugesetz, der Zustimmung sozialdemokratischer Minister zum Abbau republikanischer Beamten, sagte er kein Wort. Nichts sagte Stelling über den Raub des Streikrechts der Eisenbahnbeamten, wie der Beamten überhaupt durch sozialdemokratische Minister und Koalitionsministerien. Er begnügte sich damit, festzustellen, daß die Beamten heute wieder in ihrer überwiegenden Mehrheit ins bürgerliche Lager abgewandert, Helfers Helfer der Reaktion geworden sind. Die Gründe, weshalb die Beamten zu Feinden der Republik geworden sind, übergibt er.

Und hierin liegt der Verrat, die geschichtliche Schuld der sozialdemokratischen Führer an der Arbeiterklasse und an der Beamtenklasse, daß sie durch ihre Koalitionspolitik, durch ihr Partieren mit der Bourgeoisie durch die Preisgabe der Beamtenrechte, durch die Preisgabe der republikanischen Beamten, durch den Beamtenabbau, die Mehrheit der Beamten wieder in die Arme der Deutschnationalen getrieben hat.

Und deshalb ist es ja nur elende Schaumblase, wenn Gallenberg, der Vorsitzende des ADS, in seinem Referat: „Der Kampf des republikanischen Landens und sein Recht“, die Forderung der Aufhebung der Abbauverordnung, des Besoldungssperregesetzes und der neunmährigen Arbeitszeit verlangt. Gewiß müssen die Beamten die Aufhebung dieser Verordnungen und Gesetze fordern, erzwingen, erlämpfen, aber wir wollen und müssen den Beamten dabei immer sagen, daß sie jetzt um Rechte kämpfen müssen, die sie durch die Schuld der Sozialdemokraten, der sozialdemokratischen Beamtenführer verloren haben, daß sie Positionen wieder erobern müssen, die um der „Notwendigkeiten“ der Koalitionspolitik von den Sozialdemokraten preisgegeben worden sind.

Diese beiden Referate waren nur zudringliches Geierwerk, Vorklagen für kommende Agitationsreden. Stürmische Debatten gab es am zweiten Verhandlungstage, als zu den nächsten Aufträgen Stellung genommen wurde. Hierzu hielt Hermann Wagner, der Leiter der Beamtenzentrale der SPD, das Referat. Er sagte über das Einbringen des gewerkschaftlichen Richtungsstreites in die Partei.

Für die SPD sind längst die Zeiten vorüber, wo sie von ihren Mitgliedern forderte, daß sie den freien Gewerkschaften angeschlossen sein müssen. Jhdad für den Beruf eine solche Organisation besteht. Der Parteivorstand der SPD, wie auch seine Beamtenzentrale hat keine Stellung eingenommen, ob für die sozialdemokratischen Beamten die Organisation des ADS oder des ADS als freigewerkschaftliche Organisationen in Betracht kommen. Man ließ beide Organisationen gelten. Darob herrschte nun ein großer Familienstreit. Die Anhänger des ADS werden als „Gelbe“, unwürdig zur Bestellung von Ehrenämtern usw. in den Parteiorganisationen bezeichnet.

Uns will scheinen, daß der ADS nicht ganz unschuldig an diesem Streit ist, da sein Gehalt als freigewerkschaftliche Beamtenorganisation dem ADS gegenüber nicht klar genug ersichtlich war, von einer klaren eindeutigen Abgrenzung kann überhaupt keine Rede sein. Mehr als alle Worte spricht die Tatsache, daß der ADS am chronischen Mitgliederstundwerk leidet. Bezeichnend ist dabei die weitere Tatsache, daß die Resolution, die in dieser Frage angenommen wurde, von Gallenberg, dem Vorsitzenden des ADS, selbst eingebracht wurde. Sie lautet:

„Der Reichsbeamtenrat der SPD verurteilt die Beziehungen mit Hilfe der Autorität von Parteimitgliedern und -organen den gewerkschaftlichen Richtungsstreit zwischen den Beamtenorganisationen zu beendigen.“

Er verlangt von allen Parteimitgliedern und Parteigenossen, auf dem Boden der Partei absolute Objektivität gegenüber beiden Richtungen zu wahren.

Im übrigen verpflichtet der Reichsbeamtenbeirat alle parteigenösslichen Beamten, sich tatkräftig für die Durchführung des auf der Reichsbeamtenbeiratstagung im Juni 1924 gefassten Beschlusses einzusetzen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die parteigenösslichen Beamten sind verpflichtet, in ihrer gewerkschaftlichen Betätigung für das Ziel des wirtschaftlichen Sozialismus zu wirken.“

Ferner gibt der Reichsbeamtenbeirat der Erwartung Ausdruck, daß der Parteitag in Heidelberg in der Frage der gewerkschaftlichen Organisation eine Entscheidung trifft, die geeignet ist, der Forderung der sozialistischen Gedankenwelt in der Beamtenarbeit einen neuen und kräftigen Anstoß zu geben.“

Also bleibt es nach dieser Resolution beim alten Zustand. Ober enthält sie eine Anweisung an die sozialdemokratischen Funktionäre, die den organisatorischen Ereignissen vorzuziehen?

Die Kommunistische Partei hat, als die Gründung des ADS, vor drei Jahren in Leipzig vollzogen wurde, sich vor vollendete Tatsachen gestellt gesehen; die Dreifaltigkeitstheorie, die Spaltung in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen des ADS, haben wir bekämpft, da sie unserem programmatischen Grundsatze der Industriearbeiterorganisationen widerspricht.

Am 22. September Zusammentritt des Preussischen Landtags

Der Preussische Landtag nimmt am Dienstag, den 22. September, nachmittags 2 Uhr, seine Volltätigkeit wieder auf. Die erste Tagesordnung, die nacheinander vorliegt, bringt an erster Stelle einen Antrag auf Schaffung von Wohnungen für ausgeübte verheiratete Schappolzebeamte des Ruhrgebietes. Der Antrag soll aber ohne Aussprache dem Ausschuss überwiegen werden. Als weiterer Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Vorformnisse bei der Preussischen Landespolizeiinspektion. Die Anträge des Untersuchungsausschusses werden vom Abg. Dr. Riedel (Charlottenburg, Dem.) dem Plenum unterbreitet werden.

Der sozialdemokratische Parteivorstand gegen Freigewerkschaftler, für Gelbe

Auf der kürzlich stattgefundenen Tagung des Reichsbeamtenbeirats der SPD, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB) und des gelben Deutschen Beamtenbundes (DSB). Der Parteivorstand der SPD nimmt bei den Organisationen gegenüber angeblich eine „neutrale“ Stellung ein, d. h. er unterstützt in der Praxis aus allen Kräften die Anhänger der gelben Richtung, während ihm die Freigewerkschaftler als „Linke“ verdächtig sind. Dabei macht es ihm gar nichts aus, daß der DSB bei Kommunalwahlen usw. verhältnismäßig mit reaktionären Parteien zusammengeht. Unter den Anhängern des ADS herrscht infolgedessen große Mißstimmung und Erbitterung, die sich auf der erwähnten Konferenz in heftiger Polemik entlud. Stützpunkt der Angelegenheit die Cashen die Entfernung des lächerlichen Abgeordneten Betsche, der zur rechten Mehrheitsfraktion gehört und unter dessen Regide im Zeichen der Großen Koalition sozialdemokratische Beamte massenhaft gemahregelt wurden. Natürlich geruch Betsche den Schutz des hohen Parteivorstandes und somit sogar seine reaktionäre, beamtenfeindliche Politik vor der Konferenz „rechtfertigen“.

Die eigentliche Ursache gegen die Freigewerkschaftler ritt dann der Parteivorstand des Parteivorstandes und Leiter der Beamtenzentrale Wagner. Er traf ihnen vor, daß sie durch ihre Hege gegen die Gelben die Partei gefährden. Aufgabe des Heidelberger Parteitag sei es, den Kampf zu schaffen. Kohler, der Hauptredner der Freigewerkschaftler, bestritt die Wägen der Hege und erklärte, daß er keine Abgrenzung von der Gewerkschaftsbewegung habe. Nach viertägigen hitzigen Debatten ging die Konferenz schließlich an: einander wie das Hornburger Schicksal Gallenberg, der Vorsitzende des ADS, brachte eine Kompromißresolution ein, die beiden Seiten recht gibt und schließlich einstimmig angenommen wurde. Die Konferenz ist äußerst beschämend für den Geist, der in der Führerschaft der

SPD herrscht. Offene Unterstützung einer gelben Gewerkschaftsrichtung durch den Parteivorstand, höher geht's wohl nimmer! Die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes die den Kampf gegen die Gelben unabweislich auf sich zu aus vollster Überzeugung führen, haben alle Ursache, den „Linken“ Führern vom Schlage Gallenberg'schaft auf die Finger zu legen, sonst können sie es erleben, daß die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung eines Tages dort landen wird, wo sie den sozialdemokratischen Parteivorstand haben will, bei den Gelben.

Die englischen Gewerkschaften gegen Damespatt und Reparationen

Scarborough, 12. September. Der Gewerkschaftskongress nahm gestern mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der die „Verklagung der deutschen Arbeiter durch den Damespatt“ verurteilt und das Bestreben abgegeben wird, den deutschen Arbeitern in jeder Weise Hilfe zu leisten, um ihren Lebensstandard zu verbessern.

Die englischen Arbeiter haben nicht lange gebraucht bis zu der Erkenntnis, daß der Damespatt nicht nur eine Verklagung der deutschen Arbeiter, sondern darüber hinaus eine Verklagung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse ganz Europas bedeutet. Sie sind den Verlockungen der englischen Unternehmer und reformistischen Führer, die die „Bereitschaft“ der deutschen Arbeiter, den Damespatt anzuerkennen“, als nach ahnendwertes Beispiel hinstellen, nicht gefolgt. Die englischen Gewerkschaften haben sich jetzt in ihrer großen Mehrheit hinter die englischen Bergarbeiter gestellt, die bisher als Vorkämpfer gegen Damespatt und Reparationen fast allein bestanden.

Dieses Beschlusses zum Kampfe um die Macht, zum Kampfe um die kommunistische Wirtschaftsordnung, hebt sich für jeden Arbeiter erkenntlich ab von einer Resolution des 12. Deutschen Gewerkschaftskongresses, in der es wie folgt heißt:

Zur Erfüllung der Aufgaben, die den deutschen Gewerkschaften aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage erwachsen, erachtet der Kongress die tätige Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für unerlässlich. Zur Durchführung der Demokratisierung der Wirtschaft neben umfassender Rationalisierung der Arbeit durch betriebsorganisatorische und technische Maßnahmen kann die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfolgen.

Hier Arbeitsgemeinschaft und Mitwirkung an einer führenden, lohnkapitalistischen Wirtschaft, dort schärfster Klassenkampf um die entschädigungslose Enteignung aller Kapitalisten. In Deutschland verdrängende Passivität der Gewerkschaftsbürokratie, um durch Arbeitskämpfe die Ruhe und Ordnung der Damespattrepublik nicht zu stören, in England Kampf gegen die Verklagung durch den Damespatt.

Die deutschen Arbeiter müssen ihren englischen Kameraden folgen, durch systematischen Kampf um die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit die Sabotage ihrer Führer brechen, und sie werden auch dem ADS ein deutsches Scarborough bereiten.

Studen der Marokko-Offensive

(Sig. Drahtb.) Paris, 13. September.

In gutunterrichteten französischen Kreisen erklärt man, daß vor einer Woche oder vor vierzehn Tagen keine stärkeren Offensivbewegungen der Spanier gegen Ajdiz zu erwarten seien. Angesichts der Schwierigkeiten des Terrains, die eine Landung manchmal wochenlang unmöglich machen, sei es unbedingt notwendig, daß die Spanier zunächst starke Munitions- und Lebensmitteldepots anlegen, um für alle Fälle gesichert zu sein. Außerdem müßten die Spanier unbedingt Maßnahmen treffen, die ein schnelles Vordringen der Tanks und der Geschütze ermöglichen. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, einen beschleunigten Weg von der Küste bis über die ersten besonders steilen Hügel an Mar anzulegen. Dieser Weg müsse vorausichtlich mit Hilfe von Dynamit in die Felsen eingeschlagen werden.

Die Operationen an den marokkanischen Fronten werden durch heftige Regenfälle, die seit heute morgen eingesetzt haben, wesentlich erschwert. Die französischen Angriffsstruppen sehen den Vormarsch langsam fort. Die Rifskente bieten hartnäckigen Widerstand. Die linke Flanke der französischen Linien ist etwa 16 Kilometer vom Ausgangspunkt aus vorgebrungen. Marshall Betain wird die größten Anstrengungen machen müssen, um die Westflanke in den nächsten Tagen zu forcieren, da der Fluß noch höchstens zwei bis drei Wochen mit Beginn der eigentlichen Regenzeit unpässierbar wird, so daß die Operationen dann bis zum nächsten Frühling verschoben werden müßten.

TASCHKENT

DIE BROTREICHE STADT

ALEXANDER NEWEROW

19 NEUER DEUTSCHER VERLAG - BERLIN W 3

22

Silke, endlose Kirgisentende weit und breit. Von allen Seiten unflämmerl sie die alte, zerfahrene Lokomotive, läßt sie nicht vorwärts. Die Lokomotive wühlt mit ihren häßlichen Ellenbogen, scheint immer auf demselben Fleck zu lauern, mit heftiger Stimme um Hilfe. Sie ersticht, sie überdehnt eine weiße, dicke Dampfmaske aus. Der weiße Dampf schneit, wird von schwarzem Schmutzschnee getrübt. Die Räder rattern, die Wagen ähnen.

Die Kirgisentende läßt nicht vorwärts, Stille und Endlosigkeit halten den Zug an seinem gewundenen Schwanz fest. Nur beraubt raubt die Lokomotive während, wendet ihren Kopf bei Biegungen, bricht sich entzwei, müdel sich mit einer dünnen Schlange, lockt auf Straßen mit wackelnden Rädern, prastet rasender, arbeitet fluch mit den häßlichen Ellenbogen, forragt dann auf einem Hügel wie ein entsetzter Hase, um dann wieder greifenhaft und naßer Nähe ihren langen, heißen Schwanz nachschleppen.

Er tut Mißglaube wohl, die weiten Kirgisentenden zu betreten, den fernem Kampf, der aus einem Tal emporschneigt, das große Kamel, das seinen kleinen Kopf hochhält. Das Kamel betrachtet eine Weiße Kirgisentende, bewegt den kleinen Kopf auf dem gebogenen Hals hin und her und verflucht wieder seine schwarzen Lippen im häßlichen Glas.

Kein Dorf rings umher. Nur laihle Hügel und Steppenweier, die auf den Hügeln stehen.

Der Himmel aber ist wie in Lopasino, und auch die Sonne ist wie in Lopasino.

wo ein Fion gefahren hat, einer findet eine große Laus in der Hemdenmaht, zerdrückt die Unglückliche auf einer Kiste und läßt.

„Eine gute Laus, schade zum Totschlagen!“

„Warum schlägst du sie denn tot?“

„Sie fährt ohne Darschlahiden. Ist mir unter's Hemd gekrochen, sitzt da, damit die Tshela sie nicht findet. Zwei Stationen fährt sie ruhig, da fängt sie an, mich zu beißen!“

„Ich fahre sie, und sie beißt mich. Schlaue Hexe!“

Der ganze Wagen wiehert, hinstert sich vor Laufen.

Nur Teropla, der kleine Bauer, betrachtet mit Schmerzen seine Uhr. Lange hat man auf den Orenburger Märkten nach einem Dummern gesucht, um ihm die zerbrochene Uhr anzudrehen, konnten keinen finden. Die Händler hatten Teropla ausgelacht.

„Die Dummern sind alle geworden, Onkelchen! Du bist der allerletzte.“

Traurig ist Teropla, der kleine Bauer.

Er öffnet den Deckel der Uhr und sieht darüber wie über einem Gesicht, mit zusammengelegten Augenbrauen. Unter dem einen Deckel stehen die Zeiger still, unter dem anderen arbeiten die Räder nicht. Zwölfstündend sind hin, aus dem Fenster geworden. Teufel noch mal! So ein Reinfall! Das wird er bis ans Ende seiner Tage nicht verschmerzen. Soll er die verfluchte Uhr an einem Stein zerfälogern? Schade! Die zwölfstündend Räder saugen an seinem Herzen wie zwölf Blutegel! Waschen seinen Kopf benommen wie nach einem Kampf.

Die Bauern werden ihn abschließen:

„Wie spät, Teropla, auf deiner Uhr?“

„Was, Teropla, sie liid noch immer nicht?“

„Er hat immer Uhr zufällig den Kopf abgedreht.“

„Er wird schon keine Uhr los! So ein Ding behält immer keinen Wert! Nur darf er sie dem Käufer nicht zeigen.“

Der Wagen wiehert, macht sich lustig über Teroplas Unglück.

Semjon, der Kolbark, hat in Orenburg vier Weiberkinder erstanden. Jetzt freut er sich, rechnet schon seinen Gewinn nach. Zwei Stationen weiter wird er traurig. Ein böses Gerücht geht durch den Wagen: Die Kirgisien- und Sartenweiber sollen gar keine Kade, sondern wie die Russen Hosen tragen.

Semjon, der Kolbark, ähzt, zerwählt in den Händen die teuflischen Weiberkinder, läßt den Kopf auf die Sade fallen, liegt so eine Weile mit der Schnauze nach unten, erhebt sich dann wieder mit trüben, verständnislosen Augen, blinzelt auf

die Bolschewiken und ihre Kommissare (als wären die an allem Schuld), spuckt aus, drückt seinen Schmerz zwischen den Zähnen zusammen, läßt den Kopf wieder auf die Sade fallen.

Iwan Barala probiert die Stiefel an linken Fuß an. Er hat drei Paar gekauft, freut sich wie ein kleines Kind. Für alte Stiefel bekommt man anderthalb Zentner Korn, die feiner sind aber nicht alt. Iwan Barala beklopft mit dem Nagel die Sohle, erzählt laut:

„Zwei Jahre kann man die noch tragen, bei Gott.“

Die Sohlen sind wie aus Eisen, kein Messer kann sie zer-schneiden.“

Mischla wird es leichter ums Herz.

Wenn die Kirgisinweiber Hosen tragen, dann ist es nicht schade um den Großmutterrod. Viel hätte man doch nicht für ihn gegeben, war ja alt. Er befüßt das Taschenmesser, lächelt:

„Wie ein Kasiermesser. Schneidet jedes Holz.“

Prochor umtreißt Mischla wie ein Täubchen, fängt mit ihm Gespräche an, schnaubt durch die Nase, schmacht freundlich. Das ist eine Sohle, wenn der Junge einen Kommissar zum Onkel hat! Es gibt allerlei Menschen heutzutage. Mancher Erwahlsener ist nichts wert, und mancher Junge kann seinen Kamm stehen. An den muß man sich halten, der kann einmal von großem Nutzen sein!

Prochors Bart schwingt wie ein Pendel an Mischlas Nase hin und her, Prochors Stimme ist weich, umhüllt einen vom Kopf bis zu den Füßen. Er holt seinen Brotbeutel hervor, gibt auch Mischla ein kleines Stückchen.

„Komm, Mischla!“

„Warum ist du nicht selbst?“

„Ich nur, genieß dich nicht. Wenn du hast, gibst du mir was. Man muß nach Gottes Recht verfahren.“

Mischla schneidet ein Gesicht, sagt ruhig, indem er auf das Stückchen Brot pufst:

„Der Onkel wollte uns zwanzig Pfund getrocknete Pfirsiche geben.“

„Du?“

„Meiner Mutter.“

„Fürsich, das ist was Feines, lieber aber sehr teuer.“

„Was macht das ihm aus? Er ist doch reich!“

Mischla spricht wie ein richtiger, erwachsener Bauer, wundert sich selbst:

„Das sind Dummköpfe! Jedes Wort glauben sie einem.“

(Fortsetzung folgt.)

Die rote Front formiert sich

Rede des Genossen Sinowjew an die deutsche Rußlanddelegation

Auf Einladung des von Stuttgarter Betriebsräten gebildeten Arbeitskomitees für Rußlanddelegationen, das aus Kollegen aller Parteilichungen besteht, sprach am Freitag in der Aedersalle der Vorhänge der zu ladegierten Rußlanddelegation, der sozialdemokratische Kollege Grelberger-München, außerdem der russische britische Arbeiterdelegation, der sozialdemokratische Kollege Wellhofer-Spillingen. Sie gaben der Stuttgarter Arbeiterkassl einen Bericht über das, was sie in Sowjetrußland gesehen und erlebt haben, und überlegten so die Anmerkungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse.

Zu Ehren der abreisenden deutschen Arbeiterdelegation fand am 27. August in Berlin eine feierliche Sitzung statt, an der Vertreter aller Arbeiterorganisationen teilnahmen. In der Sitzung hielt Genosse Sinowjew — auf deutsch und russisch — eine Ansprache, die wir anlässlich der Berichterstattung der beiden Rußlanddelegationen in Stuttgart auszusprechen wiedergeben:

Der Ring der Verleumdungen ist durchbrochen

Genossen! In den ersten Jahren der Revolution schritten sich die Arbeiter unseres Landes nach einer Verbindung mit Arbeitern anderer Länder. Wir waren von der Welt abgeschnitten. Wir wußten, daß gegen uns eine ungeheuerliche Verleumdungskampagne im Gange ist. Es war fast unmöglich, internationale Verbindungen herzustellen.

Doch jetzt ist der Ring der Verleumdungen durchbrochen. Wir gehen hier eine Reihe von Delegationen, die englische, die französische, die belgische, die schwedische, jetzt die deutsche. Von Werkstatt zu Werkstatt, von Betrieb zu Betrieb, von Arbeiter zu Arbeiter haben sie sich feste Stützen.

Einer der deutschen Genossen sagte mir: hätte man nach Sowjetrußland eine Delegation von 100 000 Arbeitern geschickt, so wäre der Erfolg der internationalen Gewerkschaftsbewegung gesichert. Eure Aufgabe ist nun, diese 100 000 zu ersetzen.

Für die Dittmanns und Erspinas — 121 Bedingungen

Genosse Sinowjew erinnert an den Besuch, den 1920 Dittmann und Erspina Sowjetrußland abgestattet haben. Sie wollten in die 3. Internationale eintreten, aber wir haben sie nicht aufgenommen. Die besten sozialdemokratischen Arbeiter hätten wir aufgenommen; aber Dittmann und Erspina haben wir 21 Bedingungen gestellt und würden ihnen heute 121 stellen! Als sie nach Deutschland zurückkehrten, entsetzten sie eine Hege gegen uns. Sie begriffen nicht, den gewaltigen Kampf, den das russische Proletariat für den Sieg der Revolution führte, sie sahen nur die Entbehrungen, die die Arbeiter, in Folge des Bürgerkrieges und der Blockade litten.

Die Bourgeoisie fürchtet sich

Genosse Sinowjew erinnert an die Antwort, die Lenin jenerzeit auf den Offenen Brief des Korrespondenten der englischen Zeitung „Daily News“ erteilt hat. Der englische Korrespondent verhöhnte Sowjetrußland unter Hinweis auf die „Sindwitsch“ Erspinas und Dittmanns. Genosse Lenin schlug daraufhin vor, daß die Bourgeoisie eine Delegation von Arbeitern und Bauern nach Sowjetrußland sende und dann sehe, ob sie die Erfahrungen dieser Delegation für die antibolschewistische Propaganda wird vertreten können. Wir wiederholen heute den Vorschlag an die Adresse der rechten Sozialdemokraten.

Sich die Bourgeoisie und die rechten sozialdemokratischen Führer beugen sich gar nicht, auf diesen Vorschlag einzugehen. Als zum Beispiel die finnischen Arbeiter nach Sowjetrußland kommen wollten, wurde ihnen von der Bourgeoisie und der rechten Sozialdemokratie zunächst freundschaftlich abgeraten — sie möchten sich doch was anderes, Schöneres ansehen, zum Beispiel den Smaragawasserfall. Sie bestanden aber auf dem ihrigen — da verweigerte man ihnen die Pässe und bedrohte sie mit Wahrgelungen.

Nichtsweltwenger werden sich immer mehr Delegationen zu uns durchschlagen. Es wird eine wahre internationale Verbindung werden.

Helft euch selbst

Wir freuen uns sehr, die Erklärung der deutschen Delegation zu hören. Ihre Unterstützung ist für unsere UdSSR unschätzbar. Wir sind Internationalisten. Wir wissen, daß, so lange wir von bürgerlichen Staaten umringt sind, unser Sieg nicht endgültig sein kann. Schon deshalb — außer allem anderen — interessieren sich die Arbeiter der UdSSR so sehr für das Schicksal der anderen Länder.

Und indem wir uns die Lage der Arbeiter in anderen Ländern ansehen, sagen wir: Helft nicht nur uns, helft vor allem euch selbst, Genossen! Organisiert euch in der Heimat. Zieht die „eigene“ Bourgeoisie zur Verantwortung! Organisiert die Einheitsfront in eurem Lande! Notwendig — um jeden Preis — ist die Einheitsfront der Arbeiter-Sozialdemokraten, der Arbeiter-Kommunisten, und der parteilosen Arbeiter!

Täglich erfahren wir von Versammlungen, Demonstrationen und Ermordungen von Kommunisten in den verschiedenen Ländern der Welt. Die Sozialdemokraten haben es gerast, auf unsere Fehler hinzuweisen, aber weshalb bemerken sie es nicht, daß gerade die Kommunisten überall für die Arbeiterklasse ihr Blut vergießen? Man muß die Arbeiterklasse, die Parteilosen und Parteimitglieder im Geiste der Berechnung für die Kämpfer für die allgemeine Arbeiterklasse erziehen. Müssen nicht die Namen der drei Kommunisten, die neuerdings in Warschau erschossen worden sind, für jeden ehrlichen Sozialdemokraten und Parteigenossen heilig sein?

Innerhalb unserer Arbeiterfamilie müssen und werden wir selbstverständlich die Fehler kritisieren. Aber wenn es sich um die Bourgeoisie, um den Klassenfeind oder um die sozialdemokratischen Verräter der Arbeiterklasse handelt, so muß sie die Betrachtung und das Mißtrauen aller Arbeiter, darunter auch der sozialdemokratischen Arbeiter, treffen. Wer den kommunistischen Kämpfern muß eine ebenso allgemeine Achtung zuteil werden.

Und selbstverständlich wollt ihr nicht nur die Brüderschaft mit den siegreichen Kommunisten, sondern auch mit denjenigen, die von der Bourgeoisie verfolgt und unterdrückt werden.

Die zweite Internationale gegen die UdSSR

Genosse Sinowjew behandelt dann den Marceller Kongreß der zweiten Internationale. Er weist darauf hin, daß, indem hier die Arbeiter der UdSSR und Deutschlands an der gegenseitigen Annäherung arbeiten, dort in Marzelle der Kongreß durch die Rede des königlichen Ministers Henderson gegen die Sowjetunion eröffnet wurde. Und zur gleichen Zeit fand in Marzelle eine Demonstration der Kommunisten statt, die für die Sowjetrepublik, für die Komintern, für den Frieden demonstrierten. Die Polizei verteidigte die Hendersons und die Renaudel. Das Mitglied der 3. A., Genosse Voriot, der bewiesen hat, daß er im Augenblick des Krieges gegen „serre“ Bourgeoisie zu kämpfen versteht, und der Genosse Breint werden verurteilt.

Bauer erfüllt die Anträge Chamberlains

Otto Bauer, einer der linken Führer der zweiten Internationale, schreibt: „In der Welt gibt es zwei Mächte, die eine ist pazifistisch, die andere kriegerisch.“ Wer ist nun für den Frieden und wer ist für den Krieg? Für den Frieden

sind die bürgerlichen Staaten und für den Krieg... der Sowjetstaat!

Die deutschen Arbeiter haben unsere Arbeiter und unsere Arbeiterinnen, unsere Rote Armee gesehen. Sie haben gesehen, daß unser Land bis über die Ohren in den Wirtschaftsaufbau vertieft ist. Die englischen Konservativen aber wollten noch in diesem Sommer den Krieg gegen uns beginnen. Raum ist es gelungen, sie daran zu verhindern. Und in diesem Augenblick treten die Bauern auf und erheben, als ob sie im Auftrag Chams, belarins handelten, gegen Sowjetrußland die Beschuldigung, daß es den Krieg will!

Schafft eine einheitliche Gewerkschafts-Internationale

Ein neuer Krieg ist unvermeidlich, wenn sich alle Arbeiter nicht vereinigen. Wir fordern euch auf, Genossen, Arbeiter, Kommunisten Deutschlands, Genossen Arbeiter-Sozialdemokraten Deutschlands, zieht euch einander die Hand. Denkt an die Zukunft. Falls es euch nicht gelingt, eine einheitliche Gewerkschafts-Internationale zu schaffen, so sind neue Kämpfer zu unermüdlich. Die Prüfungen unter den Arbeitern müssen aufhören. Wir müssen einander überzeugen.

Die Kommunisten werden die Initiative ergreifen, die sozialdemokratischen Arbeiter müssen ihnen helfen. In allen Gewerkschaften muß der tatsächliche Kampf um die Einheit beginnen.

Die Besuche der Arbeiter-Delegationen bei uns werden zur Schaffung der Einheit beitragen. Wir haben einst bei den deutschen Arbeitern gelernt. Wir wollten keine Lehren spielen. Aber die deutschen Delegierten haben jetzt gesehen, daß sie einiges bei unserer siegreichen Revolution lernen können. Wir sind überzeugt, daß ihr Besuch bei uns für sie nicht umsonst gewesen ist.

Die schwarze und die rote Front

In diesem Sommer wurden besonders energisch zwei Fronten ausgerichtet: die schwarze und die rote Front. An der Spitze der schwarzen Front standen die englischen Konservativen. Sie

wollten schon jetzt einen Krieg gegen uns angestreben. Aber die schwarze Front ist zusammengebrochen. Die französische Bourgeoisie, die japanische und die amerikanische haben uns nicht gern. Aber sie haben ihre eigenen Sorgen und wollten nicht mitmachen.

Die rote Einheitsfront dagegen hat in diesem Jahre die ersten Erfolge aufzuweisen. Die rote Einheitsfront der Welt richtet sich auf und keine Bauern und Pans in Marzelle können es ändern.

Im Hafen „Sowjetdeutschland“

Ich glaube, daß alle Arbeiter, die zu und kommen, dem Werke der Arbeiter-Einheit helfen werden. Diese Delegierten sind keine Mitglieder der kommunistischen Partei. Das haben wir nicht. Wir werden mit den sozialdemokratischen Arbeitern eine gemeinsame Sprache finden, jedesmal, wenn sie gegen die Bourgeoisie kämpfen wollen. Die Kommunisten sind keine Partei, die nur für die Revolution laugt! Die kommunistische Partei wird es auch in Friedenszeiten bestehen, die Partei der Einheit der Arbeiter zu sein, für ihre wirtschaftlichen Forderungen, für ein besseres Leben zu kämpfen.

Die kommunistischen Arbeiter wollen die Einheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern für diesen gemeinsamen Kampf. Die Einheitsfront der Arbeiter der ganzen Welt, das ist unser Ziel. Das ist keine Diplomatie, keine „Art“. Mit den Bauer, Henderson, Kautsky, Pan wird es keine Einheit geben, sie wollen mit der Bourgeoisie gehen. Aber mit den Massen der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter ist die Einheit notwendig, und sie wird sein. Es lebe unsere und eure Einheit, Genossen die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung!

Von ganzem Herzen sagen wir den deutschen Genossen: Wir wünschen euch einen glücklichen Weg zur Masse, zu den weitesten Kreisen der Arbeiter.

Ihr kehrt auf dem Dampfer „Sowjet“ zurück. Wir wünschen euch, auf dem Dampfer „Sowjet“ sobald es möglich in den Hafen „Sowjetdeutschland“ einzulassen.

Die Schwerindustrie tendiert dem BVB gegen Cool

Der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes, C o o l, hatte in Berlin und Essen auf Einladung der BVB für die nationale und internationale Einheit der Gewerkschaften gesprochen und dabei auch nicht die deutschen Gewerkschaftsführer geschont, die mit einer Energie, die einer besseren Sache wert wäre, die Einheit nach Strich und Faden sabotieren.

Der deutschen Einheitsaboteure hat sich über das „standhafte Auftreten des englischen Bergarbeitersekretärs“ ziemlich „Entrüstung“ bemächtigt.

Die „Bergarbeiterzeitung“ des „frei-gewerkschaftlichen Hulmann und des Bergarbeiterverbandes behauptet, daß Cool für das Amt eines Sekretärs der Bergarbeiterinternationalen wegen mangelnder Sachkenntnis durchaus ungeeignet sei. Diese Zeitung sieht die „mangelnde Sachkenntnis“ wahrscheinlich in der Tatsache, daß es Cool gelungen ist, am „roten Freitag“ die Attade der englischen Bourgeoisie glänzend zu parieren. Die „Bergarbeiterzeitung“ hat aber gegen Cool einen trefflichen Helfer gefunden. Das bankrotte Staatsrezept, die von der Preußenregierung ausgeheltete, „Deutsche Allgemeine Zeitung“, drückt mit Behagen die Schimpfanrede der Hulmannen gegen Cool ab und nennt das „eine verdiente Abfuhr“.

Die Arbeiter im BVB werden diese Parteinahme der Schwerindustriellen für Hulmann gegen Cool voll und ganz zu würdigen wissen.

Ebert jun. gegen den Achtstundentag

Fritz Ebert, der Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten, hat seine Zeit mit dem Schreiben einer Broschüre über die Lage des deutschen Arbeiters und der deutschen Wirtschaft, totgeschlagen. Fritz Ebert jun. wendet sich

gegen den starren Achtstundentag,

den wir nicht brauchen könnten, weil unsere Schuldenlast von jährlich 21 Milliarden Mark für Reparationsleistungen, höchste Arbeitsleistung aller Volksgenossen verlangt. Ebert jun. bringt es fertig, den deutschen Arbeitern die Mehrarbeit dadurch schmackhaft zu machen, indem er auf den russischen Arbeiter hinweist, der bereit sei, da intensiver und länger zu arbeiten, wo die Interessen des Volkes es erfordern.

Daß der russische Arbeiter für seinen Staat und für seine Wirtschaft intensiver arbeitet, das stimmt, denn er arbeitet im Interesse des befreiten Arbeiter- und Bauernvolkes Rußlands. Aber daß dem deutschen Arbeiter, der ausgebeutet wird von Dawes und Co. und ihren deutschen Fronthöggen, daß der länger und intensiver arbeiten soll, kann nur Fritz Ebert jun. verlangen. Diese Leute haben das Bedürfnis, die scharfen Klassengegensätze zu verschleiern und verwenden deshalb gerne den Begriff „Volk“. Dieses Volk ist aber in Klassen gespalten und die Interessen dieser Klassen stehen sich feindlich gegenüber. Erst wenn die Arbeiter die politische Macht erobert haben, wenn sie die Bourgeoisie zu Boden gedrückt und so den Weg für den Aufbau der Wirtschaft freigemacht haben, erst dann werden die deutschen Arbeiter im Interesse des Volkes länger und intensiver arbeiten. Bis dahin herrscht der Klassenkampf und besteht die Notwendigkeit, daß alles Handeln der Arbeiter nur von diesem Gesichtspunkte aus geschieht.

Interessantes aus dem Reichsrat

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufsatz des Nachrichtenbüros des Vereins deutscher Zeitungsverleger über Mißstände im Reichsrat.

Es heißt da u. a. über das System der Stellvertreter der Provinzvertreter:

„Off gehört der Stellvertreter einer anderen politischen Richtung an als der Hauptvertreter. Der Vertreter von Niederschlesien z. B. v. Günther, ist deutschnational, sein Stellvertreter, der Oberpräsident Zimmer, ist Sozialdemokrat. Bei der Abstimmung über die Zollvorlage stimmt v. Günther gegen die Regierung, wäre er verhindert gewesen, so hätte Zimmer ihn vertreten, dessen Votum für die Re-

gierung gefallen wäre. Von solchen Zufälligkeiten ist unter Umständen die politische Lage in Preußen abhängig.“

Interessant ist das Ruddlembudel, das durch dieses „Vertreter“-System geschaffen wird. Noch interessanter ist allerdings etwas anderes.

Der Deutschnationale Günther hat gegen die Zollvorlage der Luther-Regierung gestimmt, weil sie ihm noch nicht weit genug ging. Ohne jeglichen Widerspruch gibt der „Vorwärts“ die Auffassung der großkapitalistischen Zeitungsverleger und Meinungsfabrikanten wieder, daß der Sozialdemokrat Zimmer, wenn er dagewesen wäre, für die Zollkuberei des Luther gestimmt hätte.

Die Kapitalisten kennen ihre Pappenheimer. Im Reichsrat stimmen Braun-Severing-Höring für die Zölle und vor den Proleten machen sie großes Geschrei gegen die Zölle.

Der „Vorwärts“ ist mit dieser Politik vollständig einverstanden, sonst hätte er gegen die Verdächtigung seines Parteigenossen Zimmer durch die Kapitalisten Verwahrung eingelegt.

Uebersicht

über die bisherigen Abstimmungen in den Bezirksleitungen der SPD. über den Brief des Ertl

Berlin: abgelehnt 32. 22 gegen 7 bei 3 Enthaltungen. Zentralvorstand 48 gegen 22. (Uebersicht über bisherige Resultate aus den Verw.-Bezirken siehe besonderen Bericht.)

Bonnern: 32 einstimmig bei 1 Enthaltung. Ostpreußen: 32 einstimmig angenommen. Danzig: noch kein Resultat.

Oberschlesien: 32 einstimmig angenommen. Schlesien: 32 angenommen mit 14 gegen 1.

Westfalen: Erw. 32 einstimmig angenommen. Ergeb.-Vogtland: 32 einstimmig bei 1 Enthaltung angenommen.

Westfalen: 32 angenommen mit 11 gegen 10. Halle-Merseburg: 32 einstimmig bei 1 Enthaltung.

Magdeburg-Anhalt: 32 (Stimmberichtigte Mitglieder) mit 9 gegen 1 bei 1 Enthaltung (Stimmberichtigte und beratende Mitglieder), 14 gegen 3 und 3 Enthaltungen.

Thüringen: 32 einstimmig angenommen (Gesamtabstimmung: 3 Enthaltungen).

Niedersachsen: 32 einstimmig angenommen. Mecklenburg: einstimmig in der 32. Sitzung angenommen.

Wasserkante: 32 gegen 2 Stimmen angenommen. Nordwest: 32 einstimmig angenommen.

Ruhrgebiet: 32 einstimmig angenommen. Niederhein: einstimmig angenommen (32). NB. Remscheid einstimmig angenommen; NB. Solingen einstimmig angenommen.

Mittelrhein: 32 einstimmig angenommen; NB. Aachen einstimmige Annahme; NB. Koblenz mit allen gegen 1 bei 1 Enthaltung angenommen.

Saarländ: gegen 2 Stimmen abgelehnt (32.) Heßen-Frankfurt: Parteiarbeiterkonferenz mit 79 gegen 10 Stimmen gebilligt.

Rhein: 32. 11 gegen 6 Stimmen angenommen. NB. Saar: 11 gegen 1 Stimme für den Brief.

Baden: 32 einstimmig bei 2 Enthaltungen. Württemberg: 32 einstimmig angenommen.

Nordbayern: Erw. 32 einstimmig angenommen. Südbayern: 32 einstimmig angenommen.

Nationalsozialisten und Schupo gegen Arbeiter in Hannover

Gelegentlich einer öffentlichen Versammlung im Konzerthaus zu Hannover, in der anwesende Arbeiter auf die Proklamation der Nationalisten gegen Schluß der Versammlung mit dem Gejang der „Internationalen“ antworteten, kam es zu schweren Mißhandlungen der Arbeiter durch die Schupo, die in Gemeinschaft mit den Falentzählern die Arbeiter mit Gummiknüppeln überfiel und abdrängte. Die Sympathie des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Noske für seine politischen Außenfreunde hat also wieder einmal zu einer offenen Unterflümmung der sachlichen Redaubeiden durch die Behörden bei ihren Brutalitäten gegenüber Proletariat geführt.

Bericht der englischen Arbeiterinnen-Delegation über Sowjetrußland

Der Bericht der Frauendelegation der Labour-Party über Sowjetrußland ist soeben in Buchform erschienen. Das Organ der Labour-Party, der "Daily Herald" veröffentlicht bereits ein Exemplar dazu, die wir bis auf einen kurzen Absatz, der nur ihr Interesse hat, wiedergeben. Der Bericht ist unterschrieben von Mary Dwyer (Danzwarbeiterin), Annie Young (Weißbrot- und Bäckereiarbeiterin) und Minnie Weavers (Textilarbeiterin). Er ist ein umfangreiches — nach den Worten des "Daily Herald" — ein einzigartiges Dokument, als erste Darstellung von eigenen Beobachtungen englischer Arbeiterinnen in der ersten Arbeiterrepublik.

Aus Familienleben

Der Bericht enthält umfangreiche und interessante Material über die Familie unter der Sowjetherrschaft und kommt zu folgender wichtigen Schlussfolgerung:

„Wie sehen also, daß die sogenannte „Zerstörung des Familienlebens“ in der Union der sozialistischen Sowjetrepublik nicht einfach erweist als das Bestreben, alles das zu zerstören, was schlecht und faul an unserem Familienleben ist, als den Versuch, die Frau sowohl wirtschaftlich als auch sozial und politisch tatsächlich und vollkommen mit dem Mann gleichzustellen. Das wird noch weiter betont durch die Gesetze über die Ehe, die Scheidung, die Kinder usw.“

Es ist unvermeidlich, daß der Bericht Dinge berührt, die bereits in dem Bericht der vorjährigen Gewerkschaftsdelegation untersucht wurden, aber ihre Würdigung vom Gesichtspunkt der Frau bringt eine überraschende Anzahl von neuen Tatsachen.

Unbeeinträchtigte Prüfung

Die Delegation war sehr vernünftig bei ihrer Prüfung der Arbeitsverhältnisse, wie folgender Absatz zeigt:

„Wir traten dann ein, um die Arbeiter zu sehen (in einer Privatbesitz befindlichen Fabrik) und hier fanden wir einen schlagenden Beweis für die Tatsache, daß heute tatsächlich die Arbeiter die herrschende Klasse in Sowjetrußland sind.“

Wir hatten vorher dem Gewerkschaftsangehörigen, der uns begleitete, gesagt, daß wir es bei unseren Unterhaltungen mit den Arbeitern wünschten, daß der Besitzer nicht zugegen sei, gerade so wie wir oft einem uns begleitenden Gewerkschaftsangehörigen zu verhalten geben, daß wir mit den Arbeitern und Arbeiterinnen ganz ungehindert zu sprechen wünschten; und niemals wurde ein Einwand dagegen erhoben, der Gewerkschaftsangehörige selbst schlug das sogar oft vor.

In jedem Fall, wenn wir einen Arbeitsraum betraten, begleitete uns der Unternehmer, aber der Gewerkschaftsangehörige teilte ihm jedesmal höflich, aber ganz offen mit, daß wir keine Gegenwart nicht wünschten und die Arbeiter ganz ungehindert betreten wollten. Jedesmal beugte sich der Unternehmer dem Unvermeidlichen, obwohl er es offensichtlich nicht allzu gerne tat, und ließ uns allein.

Bessere Verhältnisse als früher

Auf die Frage nach den jetzigen Verhältnissen im Vergleich mit denen vor der Revolution erklärten die Arbeiter, daß dazu gar kein Vergleich sei. Sie könnten nicht nur die politische Befreiung, sondern sagten, daß sie auch materiell jetzt viel besser daran seien. Zum Beispiel haben sie keine Nacharbeit mehr, und besonders können sie ihren bezahlten Sommerurlaub zu haben.

Wir fragten sie auch, wie sich die Unternehmer verhielten, und fanden jedesmal, daß diese sich jetzt durchaus zufriedenstellend gegen die Arbeiter verhielten; wir hörten keine Klagen gegen sie.

Die Delegation benutzte jede Gelegenheit, um sich möglichst viel direkt mit Frauen zu unterhalten, die sie zufällig trafen, und eines der interessantesten Merkmale des Berichts (wir geben wiederum nur das Urteil des "Daily Herald" wieder). Die Red. ist die Wiedergabe dieser Gespräche. Im folgenden ein Gespräch zwischen einem Mitglied der Delegation und einer Bauernfrau, die die gestellten Fragen beantwortete:

„Wäre es Ihnen recht, wenn der Zar und seine Regierung zurückkämen?“ — „O nein!“

„Warum nicht?“ — „Nun, wir haben mehr Land als wir früher immer hatten, und das würde uns weggenommen werden.“

Eine junge Bauernfrau, die ein Kind trug, antwortete auf eine Frage über die Verhältnisse in Sowjetrußland: „Wir werden immer besser.“

„Sind die Bewohner Ihres Dorfes zufrieden mit der Sowjetregierung?“ — „Im großen und ganzen ja, obwohl sie über die schweren Zeiten murren.“

„Was machen die Frauen in Ihrem Dorfe; nehmen sie Anteil an der Regierung?“ — „Manche ja; aber ein großer Teil nicht.“

„Warum nicht?“ — „Sie sind nicht daran gewöhnt, und in manchen Fällen nehmen ihnen ihre Männer den Mut dazu; in anderen Fällen haben sie keine Zeit.“

Die Unterhaltungen mit Arbeitern sind ebenfalls sehr interessant. Folgendes Gespräch fand in einem Salzbergwerk im Donezbecken statt:

„Wie sind Ihre Lebensbedingungen jetzt?“ — „Noch sehr schlecht.“

„Noch so schlecht wie ein oder zwei Jahre früher?“ — „O nein, sie haben sich gebessert.“

Weder zaristische noch Menschiwisten-Regierung werden zurückgewünscht.

„Möchten Sie die Jarenregierung zurück haben?“ — „O nein, nein! Darüber gibt es gar keine Frage. Wir würden tatsächlich die Jarenherrschaft nicht mehr dulden.“

„Würden Sie eine menschiwistische Regierung den Bolschewiken vorziehen?“ — „Ganz gewiß nicht; wir wollen unter keinen Umständen eine andere als die Sowjetregierung.“

„Sind Sie Mitglieder der Kommunistischen Partei?“ — „Nein.“

Noch ein paar allgemeine Bemerkungen über die Spinnereien: Die Spinnvorrichtungen der Maschinen waren in einigen Fällen viel besser als in England. Die Färbung war in manchen Spinnereien sehr gut, in anderen nicht so gut, obwohl Färbungsvorrichtungen fast überall vorhanden.

In allen Fällen fanden wir, daß der Hauptpunkt, auf den Rücksicht genommen wurde, die Gesundheit und Bequemlichkeit der Arbeiter war.

Der Reichstag beschließt die Krankenfürsorge

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit schreibt:

Der Beschluß des Reichstages, den Sozialreformen bei Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge zwei Drittel ihrer Kosten bis zum Höchstbetrage von 250 Mark monatlich anrechnungsfrei zu lassen, wie dies die Reichsregierung im Auftragsgesetz für die Kleinrentner durchgesetzt hat, ist von der Reichsregierung auf Betreiben des Reichstages nicht in Kraft gesetzt worden. Dafür hat der Reichstag am 5. September beschlossen, daß die Sozial- und Kleinrentner bei der Festsetzung der Unterstützungsbeträge in der Regel um ein Viertel günstiger gestellt sein sollen als die übrigen Fürsorgeberechtigten.

Der Beschluß ist ein Verlegenheitsprodukt des Reichstages, er soll dazu dienen, die Entwertung der Sozialrentner wegen der Hintertreibung des Reichstagsbeschlusses zu dämmen. Kein Fürsorgeverband wird durch diesen Beschluß gezwungen, Unterstützung zu gewähren, die das primitive Existenzminimum gewährleisten, im Gegenteil, wir befürchten, daß hierdurch das Niveau der öffentlichen Fürsorge für die übrigen Fürsorgeberechtigten herabgesetzt wird, ohne daß die Sozial- und Kleinrentner die dringend notwendige Hilfe erhalten. Solange nicht einseitig von Reich wegen ungenügender Anrechnung an die unteren Stufen der Bruttoabrechnung Unterstützungsbeträge bestimmt werden, müssen wir den Beschluß des Reichstages, einen Teil der Renten anrechnungsfrei zu lassen, als ein geeigneteres Mittel ansehen, die elenden Unterstützungsbeträge heranzuführen. Die gegenwärtigen Verhältnisse in der öffentlichen Fürsorge zeigen alle Zeichen der Fürsorgeberechtigten zu Hunger und Elend, wie die arbeitende Ziffer der Selbstmorde aus dem Kreis-

der Fürsorgepflichtigen schlagend beweis. Mit der Schenckung der Sozialrentner und Kleinrentner um ein Viertel gegenüber zu stellen als die übrigen Fürsorgeberechtigten, ohne die Festsetzung eines Existenzminimums für alle, wird nicht helfen. Man beabsichtigt damit wahrscheinlich, die verschiedenen Zeichen der Fürsorgeberechtigen gegen einander auszuspielen. Der Internationale Bund ruft alle Fürsorgeberechtigten auf, daß auch nicht spalter kämpft in geeinigter Klassenkampfweise für einen Aufbau der öffentlichen Fürsorge!

CPD-Presestimmen über den englischen Gewerkschaftskongress

Die linke sozialdemokratische Presse nimmt den lebhaftesten Anteil am Kongress der englischen Trade Unions. Die „Volkstimme“ (Frankfurt) überträgt in ihrer Nr. vom 9. September einen Spitzenartikel:

„Unkräft der englischen Arbeiter.“

„Sieg der Opposition.“ — „It als bemerkenswertes Ergebnis die Trennung des B. Gewerkschaft von der Arbeiterpartei fest. Zum Schluss hieß es:“

„Eine weitere Vorentscheidung von großer Tragweite wird die Wahl des jetzt so mächtigen und ausschlaggebenden Generalrats sein.“

Die „Volkstimme“ (Chemnitz) bringt einen längeren Bericht ihres Korrespondenten aus London über den Kongress. Mit Besorgnis stellt dieselbe fest, daß dem vor kurzem beendeten Breslauer Gewerkschaftskongress die Öffentlichkeit so wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Das Gegenteil stellt der sozialdemokratische Korrespondent vom englischen Kongress fest.

„Seit Tagen ist das Interesse der gesamten Öffentlichkeit durch die Leitartikel der großen führenden Presse auf den Kongress hingelenkt worden.“

„Zweifellos ist das von bürgerlicher Seite konstatierte, gelähmte Selbstbewußtsein richtig. Das erstmal seit fünf Jahren tritt die Arbeiterchaft in Scarborough im Zeichen der Hoffnung und des Vertrauens in ihre und ihrer Organisationskraft zusammen.“

Der Sieg im Bergbau hat dieser Tatsache einen weitläufigeren Ausdruck verliehen und so ist es wohl begreiflich, daß dieser dank der Einheit der gesamten Gewerkschaftsbewegung erregende Erfolg geradezu zum Symbol geworden ist und die allerstärksten psychologischen Wirkungen in der gesamten organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens erzielt hat.“

Handgranatenerplosion in Döberitz

Wie die Berliner Blätter melden, ereignete sich Sonntagmorgen auf dem Truppenübungsplatz Döberitz eine Explosion. Beim Handgranatenwerfen der 1. Kompanie des Reichswehr-Regiments Nr. 7 explodierte plötzlich eine Handgranate. Dem Schützen wurde eine Hand abgerissen. Außerdem wurden noch acht andere Soldaten, darunter der Kompanieführer und der Korporal, verletzt, jedoch sind diese Verletzungen leichter Art. Wie das Reichswehrministerium mitteilt, handelt es sich um einen sogenannten Frühreifer, dessen Explosion auf schädliches Material zurückzuführen ist.

Verantwortlich für den gelamten Text: Richard Schulz, Breslau, Invalide; Arthur Müller, Breslau. Verlag: Schleifische Verlagsgesellschaft, O. m. b. H., Breslau. Druck: Neubag-Berlin, Druckereifabrik Breslau.

Haarkranke Frauen und Männer

die an Ausfall der Kopfhare, Haarspalt, sogen. Haarfraß, Schuppen, Haarausfall usw. leiden, wenden sich unter kurzer Beschreibung des Zustandes vertrauensvoll an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-N., und senden gleichzeitig einige ausgekamme Haare zur kostenlosen mikroskopischen Untersuchung ein. Auf Grund des wissenschaftlichen Befundes erhalten die Interessenten

fachmännische Auskunft darüber, wie und mit welchen Mitteln das Haar rationell gepflegt werden muß, um einen weiteren Haarausfall vorzubeugen, und um ein geschmeidiges, glänzendes Haar zu bekommen. Das Angebot gilt nur für kurze Zeit, schreiben Sie deshalb heute noch.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr:

Riquette

Liebig-Theater

Täglich 8 Uhr

Der

Sensations-Erfolg

des

Eröffnungs-Programms

Trübsal der guten
Volamondan-Eisig

Wiederkehr Straßburger Straße Nr. 28

Achtung!

Die Firma D. Korn-Waldenburg liefert

Wander-Uniformen

zu billigen Preisen

Wochenplan

von Sonnabend, den 12. bis Montag, den 21. September

Robertheater

Sonnabend, den 12. bis Dienstag, den 15. Septbr. abends 8 Uhr

„Gefellschaft“ Schauspiel von John Galsworthy

Mittwoch, den 16. Septbr. abends 8 Uhr

„Der Kreibetreib“ Chinafisch. Spiel v. Klambund

Donnerstag, den 17. bis Montag, den 21. Septbr. abends 8 Uhr

„Der Kreibetreib“ Chinafisch. Spiel von Klambund

„Im Namen des Volkes“

Öffentliche Verhandlung

weihen Serror und Klaffenmütz

am Dienstag, den 15. September abends 7:30 Uhr

im Beschäftigtenhaus „Brenslawin“

Ankläger: Festungsgefangener Klonden und A. Dombrowski

Erklärt in „Kassa“

Notz Hilfe, Bezirk Schöneberg

Kaffee

sowie sämtl. Kolonialwaren

nur bester Qualität empfiehlt

Alois Hampel

Inhaber

Ignatz Bender

Flechten i. j. Jagen

geheilt durch Persia-Salbe

1 Dose Mk. 3.—

Bei „Nichterfolg“ Geld zurück

„Kraus“, G. m. b. H., Stuttgart 532

Weimarstrasse 42

Thaliatheater

Erstaufführung:

Sonnabend, den 12. September abends 8 Uhr

„Der dreizehnte Stuhl“ Kriminal-Schauspiel von Payard Weiler

Sonntag, den 13. bis Montag, den 21. September abends 8 Uhr

„Der dreizehnte Stuhl“ Kriminal-Schauspiel von Payard Weiler

Gebr. Roschwig

Zigarren-Spezial-Geschäfte

Striegan 1. Spt., Ring 7

Landesbrot 1. Spt., Friedrichstr. 11

Größte Auswahl führender Marken

GROß- und Kleinhandel

Suche ein

grosses Zimmer

Offerten unter G. 100 an Exp. Schles. Arbeiter-Zeitung

Vertreter

empfehle die Kompositionen von P. H. Ortmann

verdienen täglich Mk. 20—60 sowie Gehalt durch mich bei Besuch von Stadt- und Landkundschaft

Walter Flesler

Berlin W 30 Nollendorfstr. 21 a

Allen Arbeiter-Gesangvereinen

Soeben erschienen **Auferstehung** (gem. Chor)

Man verlange Partituren zur Ansicht

Zu beziehen durch den Verlag der freien Sängergemeinschaft Deutschlands

Paul Mittau, Düsseldorf

Siegstraße 15

Locales

Breslau, 14. September.

Auf zum Empfang des Genossen Robert Schulz

Genosse Robert Schulz, der seit April d. Js. im Zuchthaus...

Die Genossen, Freunde, Bekannte unseres Blattes sowie...

Der Reichsrat gegen die Arbeitsinvaliden

Bei der Beratung des Entwurfs des Gesetzes über die Vergünstigung...

Gegen diesen Beschluß des Reichstages, so wie er die Arbeitsinvaliden...

Diese Begründung ist einfach töricht. Eine Staatsaktion also gegen diese...

Wahrscheinlich die Kölner Konferenz, einberufen von der ZMS...

Streik der Steinmehrer in Breslau

Wir ersuchen hiermit die Maurer und Berufsgenossen dafür einzutreten...

Kollegen, ist Solidarität! Die Streikleitung.

Das Fleisch wird billiger

In einem Geschäft stehen mehrere Frauen und schimpfen über die hohen Preise...

Stellen für Schulentlassene

Zur Besetzung der Stellen der Stadt Breslau, Abt. Handel und Industrie...

Aufhebung von Straßenbahnhaltestellen

Zur Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs hat der Herr Regierungspräsident...

Steinstraße Ecke Jostenstraße (Linie 17). Schweidnitzer Straße...

Erhöhter Strafe für Zettelverfälschung (Linie 10 und 11). In dieser Stelle wird eine...

Die Zahl der Arbeitslosen steigt

In der Woche vom 27. bis 2. September stieg die Zahl der Arbeitslosen...

So geht die Hindenburg-Amnestie aus!

Auf Grund des Reichsmittelgesetzes stellte Dr. Frankel, der Verteidiger...

Der Antrag des Angeklagten Max Hmann, Breslau, auf Einstellung des Verfahrens...

Das Reichsgericht nimmt demnach an, daß der Jugendgenosse J. eine höhere...

Das städtische Brausebad Friedrich-Wilhelm-Straße 101 muß wegen Erneuerung...

In allen städtischen Warmbädern — mit Ausnahme des Wundersbrunnens...

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Juli 1925 auf 574 545 Einwohner...

Arbeitsplan zur Werbeweche des RFB vom 14. — 20. September in Breslau

- Montag, den 14.: In allen Abteilungen Kameradschaftsabend. Material-Verteilung. Dienstag, den 15.: Beirätigt sich alles in der Rote-Hilfe-Versammlung...

Sie vom 1. Oktober an steigenden Lohnabzüge

Im neuen Einkommensteuergesetz ist der Steuerabzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 an neu geregelt worden...

1) für das dritte Kind 480 RM. jährlich, (40 RM. monatlich, 0,80 RM. wöchentlich, 1,60 RM. täglich, 0,40 RM. zweiftündlich)...

Aus der Provinz

Wenn Arbeiterkinder von Unternehmern in Ferien geschickt werden

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.) Als einen Skandal zu betrachten ist die Tatsache...

Waldenburg. Die Leiche eines neugeborenen Kindes fand der Polenzgräber...

Reuthe. Eine Gehirnerschütterung erlitt der Landwirt H. aus Königsau...

Arbeiterport

Schriftwechsel zwischen Rote Sportinternationale und Luzerner Sportinternationale

Mit diesem Inhalt ist von dem Exekutivkomitee der Roten Sport-Internationale eine Flugschrift herausgegeben worden...

Parteiveranstaltungen

- Breslau. Besitz Korbst. Sämtl. Straßenrennfahrer, die noch nicht abgemeldet haben, hab. bis Dienstag abds. 6 Uhr...

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. Wir bitten alle Genossen, die zum Literaturobertrieb bereit sind...

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau. Montag, 14. 9. abds. 7,30 Uhr Gruppenversammlung, Frontk. Gruppe Süd...

Veranstaltungsanzeigen

- Rote Hilfe. Breslau. Dienstag, 15. 9. abds. 7,30 Uhr in „Waisenhause“...

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

Die organisatorischen Aufgaben der KPD.

Schreiben der Orgabteilung des EKKI

Die KPD hat auf dem Parteitag in Berlin ein neues Organisationsstatut beschlossen sowie eine Resolution über die Reorganisation der Partei angenommen, die eine gute Plattform für eine systematische Weiterführung der Reorganisation darstellt. Da die Organisationsfragen vor dem Parteitag nicht gründlich diskutiert wurden und da in der KPD noch einige Meinungsverschiedenheiten in verschiedenen Fragen vorhanden sind, hat die Orgabteilung des EKKI in einem ausführlichen Brief an das ZK der KPD, Orgabüro, und an die Ortsgruppen ihre Stellung präzisiert. In dem Schreiben der Orgabteilung des EKKI wird in den folgenden Abschnitten zu folgenden Fragen Stellung genommen:

1. Politische Aufgaben und organisatorische Durchführung.
2. Taktik und Organisation.
3. Die Reorganisation auf die Basis der Betriebszelle.
4. Betriebsagitation und Propaganda.
5. Die kommunistischen Fraktionen.
6. Die Arbeitspflicht der Kommunisten.
7. Der demokratische Zentralismus.

Im folgenden geben wir Auszüge aus den Abschnitten 1 und 3 wieder. Die Redaktion.

Der Parteitag in Berlin hat durch Annahme des neuen Parteistatuts und der Resolution über die Reorganisation der Partei den Organisationen die folgenden Aufgaben gestellt:

1. Aufbau der Betriebszellen und Reorganisation auf die Basis der Betriebszelle. In Verbindung damit Heranziehung aller Parteimitglieder zur Parteilinie und exakte Kontrolle der Durchführung.
2. Auf- und Ausbau der Gewerkschaftsfraktionen.
3. Durchführung des demokratischen Zentralismus in der Partei.

Diese Aufgaben sind nur durchführbar bei einer zielbewußten Leitung der Organisationsarbeit durch die Zentrale und die Bezirksleitungen. Bisher sind schon bedeutende Fortschritte in bezug auf die Schaffung von Betriebszellen zu verzeichnen. Allerdings sind diese Zellen in der Mehrzahl nur wenig aktiv und die Reorganisation der Orts- und Stadtorganisationen auf die Basis der Betriebszelle ist nur in wenigen Ausnahmefällen durchgeführt. Ebenso wurden Fortschritte erzielt in bezug auf die Herausgabe der Betriebszeitungen und auf die Umstellung der Presse, die in zunehmendem Maße Berichte aus den Betrieben veröffentlicht. Die Resolution des Parteitages stellt fest, daß es der Partei noch nicht gelungen ist, eine von allen Parteimitgliedern verstandene und vollkommen gebilligte Grundlage für die organisatorische Fortentwicklung der KPD zu schaffen. Es ist notwendig, in diesem Zusammenhang besonders darauf hinzuweisen, daß die sozialdemokratischen Organisations- und Organisationsmethoden, die die Ursache der Passivität der Partei sind und die jetzt von einem Teile der sogenannten Ultralinken verteidigt werden, das größte Hindernis der Reorganisation sind. Weil die Partei bis zum Berliner Parteitag zuviel Konzessionen an diese Elemente machte und die Beschlüsse der Kommintern nicht als Richtlinien für die Organisationsarbeit benutzte, deshalb zeigte sich in zahlreichen unteren Organisationen eine Verwirrung in der Organisationsfrage und kein Fortschritt. Infolge dieser Schwankungen und der Vernachlässigung der Organisationsarbeit vor allem durch die Parteileitungen wurde auch unterlassen, die organisatorischen Fragen des Parteitages vorher gründlich in den unteren Parteioorganisationen zu diskutieren, so daß Anträge zum Parteitag fast vollständig fehlten.

Politische Aufgaben und organisatorische Durchführung

Alle bisherigen Kampferfahrungen der deutschen Arbeiter zeigen, daß die Partei die Bewegung führt, die den stärksten Einfluß auf die Betriebsbelegschaften hat. Die Fehler der Partei in den Kämpfen sind zum großen Teile auf den ungenügenden kommunistischen Einfluß in den Betrieben zurückzuführen. Wir erinnern an die Antikriegspropaganda der Sportakusgruppe in den Betrieben, an die Kämpfe 1918/19, an den Kapp-Putsch 1920, an die mitteleuropäischen Kämpfe (Leunawerk) 1921, an die Einheitsfrontkampagne 1921 und 1922, an den Kampf gegen den Faschismus und für die Arbeiter- und Bauernregierung 1925, an den westfälischen Metallarbeiterkampf und an die Bergarbeiterkämpfe im Ruhrgebiet und in Oberschlesien. In allen diesen Kämpfen zeigte sich, daß das größte Hindernis der Bewegung der Einfluß der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer auf die Betriebsbelegschaften ist, und daß die Eroberung und Sicherung von Kampfpositionen nur geschehen kann durch Kampforgane der Arbeiter (Betriebsräte, Aktionsausschüsse, politische Arbeiterräte) auf der Basis der Betriebe. Diese können aber nur organisiert werden durch aktive kommunistische Betriebszellen. Die Lehre aller bisherigen Kampagnen und Kämpfe ist, daß die kommunistischen Parteien das Schwergewicht ihrer politischen und organisatorischen Arbeit in die Betriebe verlegen müssen. Bisher geschah das nur in völlig ungenügender Maße. Im Bericht an den Parteitag schreibt die Zentrale:

„Während der Antikriegskampagne und Kampagne gegen das Sachverständigengutachten war die Verbindung der Betriebszellen mit den Arbeitern für die Kampagne sehr schwach. Die Zellenversammlungen standen in noch zu geringem Verhältnis zu den Mitglieder- und Funktionärversammlungen.“ (Seite 277.)

Noch schlimmer war es während der Wahlbewegung am 7. Dezember. Aus den uns vorliegenden Berichten der Bezirke Berlin-Brandenburg, Halle-Merseburg und Erzgebirge-Vogtland geht hervor, daß die Bezirksleitungen nur wenige Referenten für die Betriebsversammlungen vermittelt haben.

Die Zentrale sagt mit Recht:

„Dort, wo bereits die Umstellung auf Betriebszellen gut fortgeschritten war, zeigte sich während der Wahlkampagne am 7. Dezember eine sehr deutliche Belebung der allgemeinen Partei- und Wahlarbeit. Im allgemeinen aber zeigte sich, daß dort, wo die Betriebszellen nur schwach waren, ihr Einfluß auf den Wahlkampf gering blieb.“

In diesen Tatsachen kommt die ganze Schwäche der Partei zum Ausdruck. Trotz dieser Erfahrungen hat die Partei auch in den folgenden Kampagnen vor allem während der Wahlbewegungen das Schwergewicht der Agitation und Propaganda nicht in die Betriebe verlegt. Erst in der Zollkampagne und in der Kampagne gegen die Rußlandhetze (Arbeiterdelegationen nach Rußland) wurde die Betriebsagitation verstärkt.

Wir wissen wohl, daß die Eroberung der Betriebe durch Unternehmerterror, Arbeitslosigkeit, Spitzelwesen, Existenzweißer Betriebszellen und starken sozialdemokratischen Einfluß erschwert wird. In diesen Schwierigkeiten kommen die hauptsächlichsten Hindernisse der revolutionären Arbeit überhaupt zum Ausdruck. Die Kommunistische Partei muß lernen, diese Schwierigkeiten zu überwinden, sonst wird sie niemals die Arbeitermassen in Kämpfe führen können. Der geringe Einfluß der Partei in den Großbetrieben macht die Partei aktionsunfähig. Deshalb ist es nötig, die politischen Beschlüsse des Parteitages in Verbindung mit der Reorganisation durchzuführen. Die Betriebszellen müssen mit politischem Leben erfüllt und aktiviert werden.

In den Kampagnen der Partei für die Einbeziehung der Gewerkschaftsbewegung, für den Achtstundentag, für die Kontrolle der Produktion, gegen die Zölle und den Steuerraubzug, gegen Krieg und imperialistische Politik, gegen die Rußlandhetze

sollen die Parteileitungen planmäßig die Agitation und Propaganda auf die Betriebe einstellen, die Materialherausgabe unter dem Gesichtswinkel der Beförderung der Betriebszellen durchführen und die Parteikräfte so verteilen, daß vor allem die Unterstützung und der Aufbau der Betriebszellen geschieht. (Schluss folgt.)

Wie man schlechte Kommunalpolitik macht

Ein Bericht im „Berg-Echo“ über die letzte Gemeindevorstandssitzung von N. zeigte sehr offen einige Schwächen unserer Kommunalpolitik.

Beror wir auf die Dinge näher eingehen, einige Vorbemerkungen. N. ist ein ausgesprochenes Arbeiterdorf. In der Gemeindevorstellung sitzen acht Sozialdemokraten, zwei Kommunisten, vier Bürgerliche und ein unklarer Kopf, der nicht weiß, ob er zur KPD, oder zur SPD, gehört. Die Sozialdemokraten haben also schon allein die absolute Mehrheit.

In der letzten Sitzung kam nun der von dem sozialdemokratischen Gemeindevorstand ausgearbeitete Etat zur Beratung. Unsere Genossen stimmten demselben zu. Die Bürgerlichen enthielten sich wegen Formfehlern der Stimme, obwohl sie grundsätzlich für den Etat waren. Was haben unsere Genossen daran falsch gemacht?

1. Sie mußten gegen den Etat stimmen. Denn auch der von den Sozialdemokraten aufgestellte Etat unterscheidet sich nicht im geringsten von einem Haushaltsplan, den die Bürgerlichen aufstellen würden. Die Genossen von N., die das nicht glauben, empfehlen wir, sich mit unseren Genossen aus anderen Arbeiterdörfern vom Kreise Waldenburg zusammenzusetzen und die Haushaltspläne zu vergleichen.

2. Unsere Genossen mußten der sozialdemokratischen Mehrheit bis ins einzelne gehende Abänderungsanträge gegenüberstellen. Konnten sie den nicht selbst zusammenstellen, wußten sie ja, an wen sie sich um Unterstützung wenden konnten. Die Gegenüberstellung dieser Abänderungsanträge mit einem sozialdemokratischen Etat hätte den reichlich vertretenen Arbeiterdörfern praktisch gezeigt, wer wirklich die Interessen der Arbeiter vertritt. Die Ablehnung solcher Abänderungsanträge wäre den Sozialdemokraten teuer zu stehen gekommen. Denn nur durch die Praxis, sei es im Betrieb oder in der Kommune kann man die Arbeiter von der Richtigkeit unserer Anschauungen überzeugen.

Als nun im weiteren Verlauf der Sitzung die kommunistischen Anträge auf Unterstützung des Antrages der preussischen Landtagsfraktion, der 20 Millionen Mark für das Hungergebiet Waldenburg zur Beratung kam, zeigten die Sozialdemokraten daß sie für die Arbeiter nichts übrig haben und bewiesen gleichzeitig, daß der von den Kommunisten mit angemessener Haushaltsplan nicht im Interesse der Ner. Arbeiterschaft aufgestellt war. Sie erreichten mit Hilfe der Bürgerlichen, daß der Antrag dem Gemeindevorstand als Material überwiesen wurde, d. h. mit anderen Worten: Vergrabung in den Aktenstempel. Das hatten unsere Genossen sofort als verdeckte Sabotage festgehalten, was inzwischen sogar die „Bergwacht“ selbst bestätigt. Ein anderer kommunistischer Antrag, den Rußlandhetze zu bekämpfen, wurde ebenfalls abgelehnt. Die Sozialdemokraten sogar angesichts der zahlreich zugehörigen Arbeiter ab. Einschüchtert davon zogen nun unsere Genossen noch einige weitere im Interesse der Arbeiterschaft gestellten Anträge zurück. Das war natürlich der größte Fehler. Ur wenn 100 Anträge in einer Sitzung abgelehnt werden, haben wir eben 100 neue Anträge zu stellen.

Die ganze Sitzung beweist, daß ausrast unsere Genossen die Sozialdemokraten für eine kommunistische Arbeiterpolitik ausnutzen, die Sozialdemokraten die kommunistischen Vertreter für ihre bürgerliche Suppe ausgenutzt haben. Und das ist eine schlechte Kommunalpolitik. Rudolf.

Der Arbeiterinnenzug nach Landeshut-Liebau

Auf der Rückreise von einer Agitationsstour mußte ich eines Morgens in Ruhbau auf den Zug nach Breslau warten. Da fährt ein langer Zug, nur aus Wagen 4 Klasse bestehend, aus der Richtung Dittersbach ein. Im Zuge sitzen Frauen und junge Mädels, die in die „Spinnerer“ nach Landeshut und Liebau fahren. Munde, bleiche, abgehärtete Gesichter sehen aus den Fenstern heraus. Die Frauen stricken Strümpfe, da die Beinfahrt die einzige freie Zeit für sie ist. Denn bevor sie früh zum Zuge rennen, haben sie schon viel Hausarbeit hinter sich und abends erwartet sie der Kochtopf usw. Die Mädels schlafen sitzend; erzählen sich von ihrem „Kavaler“ oder lesen die süßlichen erbärmlichen 20 Pf.-Hefte.

Bei der Betrachtung dieses Zuges fiel mir folgendes ein: Haben unsere Genossen und Genossinnen schon diesen Arbeiterinnenzug, der täglich morgens und abends zu und von Landeshut-Liebau fährt, für unsere Propaganda ausgenutzt?

Sind in diesem Zug schon Frauenflugblätter verteilt worden? Haben arbeitslose Genossen an den Lohntagen schon einmal den Versuch gemacht, dort kommunistische populäre Broschüren oder die spannenden billigen Erzählungen des „Neuerdeutschen Verlages“ zu verkaufen?

Sicher nicht. Und doch, welch gute Agitationsmöglichkeiten bietet sich da. Allein unsere Betriebszellen könnten viel besser arbeiten, wenn die Frauen schon auf dem Wege zur Arbeit von der kommunistischen Propaganda beeinflusst werden.

Die Zellen von Landeshut und Liebau haben deshalb so schnell wie möglich Vorbereitungen zu treffen, daß dieser Arbeiterinnenzug für unsere Propaganda ausgenutzt wird. Den Genossen, die der Meinung sind, daß ein Literaturverkauf in Arbeiterzügen nicht lohnend sei, verweise ich auf das Beispiel mitteldeutscher Genossen, die in Arbeiterzügen kommunistische Literatur umsetzen und von den 20 Prozent Verdienst leben. Rudolf.

Muster einer Abrechnung

Noch immer ergeben sich bei der Abrechnung Schwierigkeiten. Wir haben deshalb nachstehend das Muster einer Abrechnung, wie sie aussehen soll, veröffentlicht und bitten, daß die Kassierer und Revisoren nach diesem Muster ihre Abrechnungen vollziehen.

Folgende Punkte müssen beachtet werden:

1. Die Abrechnung erfolgt in drei Exemplaren, die sämtlich an die BL. einzusenden sind. Nach Prüfung und Quittungsleistung durch die BL. sendet die Bezirksleitung ein Exemplar an die Unterbezirksleitung, und ein Exemplar an den Kassierer zurück, der dasselbe als Beleg der Ortsgruppe behalten muß.
2. Unter der Rubrik „hatte Bestand“ trägt die Bezirksleitung den sich bei ihr aus den Büchern ergebenden Bestand der Ortsgruppe ein. Die Kassierer und Revisoren sind verpflichtet, uns sofort Mitteilung zu machen, wenn sich Differenzen ergeben.
3. Unter der Rubrik „sendet zurück“ werden nur dann Marken eingeschrieben, wenn tatsächlich welche zurückgesandt werden. Die ständig laufenden Marken werden nicht zurückgegeben, sondern bleiben im Besitz der Ortsgruppe und werden nur um die Zahl der abgerechneten Marken von der BL. ergänzt.
4. Die Abrechnung muß unterzeichnet sein von den Revisoren und dem Kassierer.
5. Der Markenbestand wird wie folgt errechnet: „Zahl der Mitglieder mal 8 Wochen.“ In dem von uns veröffentlichten Beispiel ergeben sich dann bei 45 männlichen Mitgliedern, 8 weiblichen und 12 erwerbslos in der Rubrik „hatte Bestand“ eingetragenen Marken, wenn man annimmt, daß die 45 männlichen Mitglieder 1. Klasse-Marken kleben, von den 8 weiblichen 4 beruflich tätig sind und Marken 2. Klasse kleben, während die anderen 4 weiblichen Mitglieder zusammen mit den 12 Erwerbslosen Marken 3. Klasse kleben.
6. Die Internationales werden nur alle drei Monate in diejenige Rubrik des Mitgliedsbuches geklebt, in der eingedruckt ist „internationaler Beitrag“.
7. Mit der Absendung der Abrechnung muß gleichzeitig der Geldbetrag auf das Postscheckkonto eingezahlt werden. Bei uns liegen eine ganze Reihe von Abrechnungen, die wir deshalb nicht erledigen können, weil das Geld noch immer noch nicht eingegangen ist, dadurch verzögert sich die Absendung der Marken und die Kassierer werden dann natürlich im Rückstande bleiben.

Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bez. Schles. Adr.: Arthur Müller, Breslau 10, Trebnitzer Str. 50
Telephon: Breslau Ring 8837 Postscheckkonto: Breslau 1439

Unterbezirk: Görlitz Ortsgruppe: Xdorf
Wieviel Mitglieder zählt die Ortsgruppe insgesamt: 65
davon männl.: 45 weibl.: 8 erwerbsl.: 12

Abrechnung für den Monat Juli 1925

(In 3 Exemplaren ausfüllen und an die B. L. senden)

	Kl. 1 Marken	Kl. 2 Marken	Kl. 3 Marken	Intern. Marken	Intern. Marken	Wahl- fonds Marken
hatte Bestand:	360	32	128	65	40	55
Rechnet ab:	180	16	68	50	20	45
Gibt zurück:				15	20	10
Bleibt Bestand:	180	16	68			

	Marken	Mk.	Pfg.
Rechnet ab:	180	1,44	—
16	0,20	—	8
68	0,10	—	68
Summa:	264	—	—
Hievon ab: 20% (5% Ortsgr., 5% Unterbez.-L.)	52,80	—	—
mith. sind an die Bezirks-Leit. abzuführen:	211,20	—	—

50 Kampffondsmark. à 0,10 Mk.	5,00	—	—
—	—	—	—
5,00 Mk.	—	—	—
Hievon ab 25%	1,25	—	—
Summa:	44	—	—
mith. sind an die Bezirks-Leit. abzuführen:	44	—	—

Dazu komm.: Stck. 20 Intern. Mark. à 0,15 Mk.	3	—	—
„ 45 „ „ „ 0,25 „	11	—	—
„ 65 Wahl. „ „ 0,20-0,30 „	—	—	—
ab 20%	2,60	—	—
„ an B.-L.	10,40	—	—
„ Mark. à Mk.	—	—	—
3 Aufnahmegebühr à 0,80 „	3	—	—
Bauarbeiter-Sammelliste Nr. 3394	12	—	—
Für Bibliothek 2 Ratenzahlung (Schluß)	10	—	—
Summa insgesamt:	84	—	—

Xdorf, den 10. August 1925
Revisor: Revisor: Kassierer: